

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2012 (II)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Anbei schicke ich Euch die neuesten Informationen aus dem Parlament.

In der 153. Sitzung ging es unter anderem um das Steuerabkommen mit der Schweiz, die hohen Spritpreise und die Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 19.04.2012

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Donnerstag, 19. April, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. In einer „Aktuellen Stunde“ wurde das Steuerabkommen mit der Schweiz diskutiert. In der Folge konnte die Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden beschlossen werden. Mit dieser Neustrukturierung wird eine wesentliche Verwaltungsreform umgesetzt. Die Reform bringt Verbesserungen in allen Bereichen der Sicherheit und mehr Qualität für die Bürgerinnen und Bürger. In der Folge standen Materien aus dem Verkehrs-, Budget-, Gesundheits-, Landwirtschafts- und Gleichbehandlungsausschuss zur Beschlussfassung an.

Die Sitzung startete mit einer „Aktuellen Stunde“ zur **Abgeltungssteuer für österreichische Vermögen in der Schweiz**. SPÖ-Finanzsprecher **Jan Krainer** bezeichnete das **Trockenlegen von Steuersümpfen** als wichtiges politisches Ziel und betonte, dass mit dem Abkommen Geld von Steuerflüchtlingen nach Österreich zurückgeholt wird. **Deutschland** und **Großbritannien** haben bereits vor Österreich ähnliche Steuerabkommen mit der Schweiz unterzeichnet. Mit dem Steuerabkommen **erwischen wir Steuerflüchtlinge und bringen Steuergeld nach Österreich zurück**.

Auch SPÖ-Wirtschaftssprecher **Christoph Matznetter** hob hervor, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz ein **wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit** ist. Das Steuerabkommen stellt die **bestmögliche Methode** dar, um hinterzogenes Geld zurück zu bekommen. Das Abkommen zeigt, dass die **Bundesregierung**, entgegen aller Unkenrufe der Opposition, **umsetzt**, was sie sich vorgenommen hat. Mit dem Steuerabkommen ist sichergestellt, dass die budgetierte Milliarde, die im **Stabilitätspaket** festgeschrieben ist, kommt und dadurch die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen voll im Plan sind.

In der Folge stand die **Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden** auf der Tagesordnung. Die Polizeireform sieht vor, die neun Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommanden zu neun Landespolizeidirektionen zu fusionieren. Die Reform bringt eine **Verschlinkung des Sicherheitsapparates** und die **Verkürzung der Weisungsketten** – dadurch kann die Sicherheit der Bevölkerung effizienter garantiert werden.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Am Nachmittag wurde im Rahmen der Debatte über einen **Dringlichen Antrag** des BZÖ an Wirtschaftsminister Mitterlehner über die hohen **Spritpreise** diskutiert. Für die SPÖ ist hier eine strenge **Überprüfung der Preisbildung bei Rohöl und Sprit auf europäischer Ebene** notwendig, um dadurch Spekulationen unterbinden zu können, sowie eine **Stärkung der Bundeswettbewerbsbehörde** auf nationaler Ebene.

Weiters konnten Materien aus dem **Verkehrs- und Budgetausschuss** beschlossen werden. Aus dem **Wissenschaftsausschuss** stand eine **Neuregelung der Inskriptionsfristen**, aus dem **Gesundheitsausschuss** der erste **Lebensmittelsicherheitsbericht** und aus dem **Landwirtschaftsausschuss** die europapolitische Vorschau für das Jahr 2012 auf der Tagesordnung. Novelliert wurde auch die Regelung der äußeren **Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft**.

Fakten zur Abgeltungssteuer für österreichische Vermögen in der Schweiz

Plötzlich ging es ganz schnell: Das **Staatsabkommen** mit der **Schweiz** ist **ausverhandelt**, dort geparktes **Geld von Steuerflüchtlingen** wird künftig **besteuert**. Mit diesem Erfolg beweist die SPÖ-geführte Bundesregierung einmal mehr die **Seriosität ihres Konsolidierungsplans**. **Eine Milliarde Euro** sollen laut Plan aus dem Titel des Steuerabkommens ins Budget einfließen.

Das bilaterale **Abkommen mit der Schweiz**, das ab 2013 gelten wird, ist nicht nur eine Frage des korrekten Umgangs der Bundesregierung mit dem notwendigen **Defizitabbau**, sondern auch eine **Frage der Gerechtigkeit**. Zwischen **zwölf und 20 Milliarden Euro** horten österreichische Staatsbürger auf Schweizer Konten. In der Mehrzahl belaufen sich die Veranlagungen zwischen 500.000 und mehreren Millionen Euro. Der Großteil davon wurde am österreichischen Fiskus vorbeigespielt und ist de facto **Schwarzgeld**.

Im Zuge des **Stabilitätspakets 2012 bis 2016** hat die SPÖ-geführte Bundesregierung daher beschlossen, der **Steuerflucht den Kampf anzusagen**. Grundsätzlich sieht die Einigung vor, un versteuerte Gelder von ÖsterreicherInnen auf Schweizer Bankkonten einmalig und **pauschal mit 15 bis 38 Prozent** zu **besteuern**. Mitte 2013 soll ein Großteil der Gelder in das Budget gespeist werden können. Weiters fällt in der Folge eine **Steuer auf die Zinserträge** in der Höhe von **25 Prozent** an, die **jährlich rund 50 Millionen Euro** bringen wird. Ausgenommen sind Gelder, die aus einer Straftat herrühren – z.B. Mafiagelder und Geldwäsche. Wird das Schwarzgeld vor dem 1.1.2013 aus der Schweiz ins Ausland verbracht, dann bleibt die Strafbarkeit weiterhin bestehen.

Die wichtigsten Beschlüsse

Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden ist größte Verwaltungsreform der Zweiten Republik ([1756 d.B.](#)) ([1757 d.B.](#))

Diese Reform ist Teil eines Bündels von **Verwaltungsreformmaßnahmen** der Bundesregierung und bringt **Verbesserungen in allen Bereich der Sicherheit** und **mehr Qualität** für die Bürgerinnen und Bürger. Konkret werden acht Sicherheitsdirektionen, vierzehn Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommanden in neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt werden. Mit dieser **Reduzierung der Organisationseinheiten von 31 auf 9** werden die sicherheitsbehördlichen **Strukturen schlanker** und **effizienter**. Diese **Jahrhundertreform** garantiert Verbesserungen in allen Bereichen der Sicherheit – im klassischen Sicherheitsbereich aber auch insbesondere hinsichtlich der **Grund- und Menschenrechte**. Außerdem wurde gesetzlich geregelt, dass dem jeweiligen **Landeshauptmann/Landeshauptfrau** bei der Bestellung von den beiden StellvertreterInnen des Landespolizeikommandanten/der Landespolizeikommandantin ein **Anhörungsrecht** zukommt.

Transparenz und Klarheit für Infrastrukturinvestitionen ([1755 d.B.](#))

Der aktuelle **Rahmenverkehrsplan** sorgt für umfassende **Transparenz**. In diesem Rahmenplan ist die **gesamte Finanzierung** genau **aufgelistet**, inklusive der Zinszahlungen. Außerdem ist der Plan öffentlich einsehbar. Beschlossen wurde, dass **bis 2017 Investitionen von jährlich rund zwei Milliarden** getätigt werden, die finanziellen Verpflichtungen daraus laufen bis 2066. Die langen Finanzierungszeiten von über 50 Jahren sind bei Infrastrukturprojekten nachvollziehbar. Die **Investitionen in die Infrastruktur** sind wichtige **Investitionen in die Zukunft** und sorgen für eine **Stärkung des Wirtschaftsstandorts**, für **Arbeit** und **Beschäftigung**.

Neuregelung der Inskriptionsfristen – Novelle Universitätsgesetz 2002 ([1741 d.B.](#))

Mit der **Novelle des Universitätsgesetzes** werden die **Inskriptionsfristen** an den Universitäten **neu geregelt**. Ziel ist eine **verbesserte Planbarkeit** für die Universitäten: Die Universitäten sollen zu Semesterbeginn wissen, mit wie vielen Studierenden sie rechnen können. Als Grundregel gilt: Die **Zulassung** soll nur mehr **innerhalb der allgemeinen Zulassungsfrist** möglich sein, die bundeseinheitlich am **5. September** für das Wintersemester und am **5. Februar** für das Sommersemester endet. Eine Zulassung in der **Nachfrist** ist nur mehr bei **Vorliegen eines besonderen Grundes** möglich. Die Zulassung zu **Master- oder Doktoratsstudien** kann zukünftig überhaupt außerhalb der Zulassungsfristen stattfinden. Hervorzuheben ist, dass es sich um eine **Einigung** zwischen **Wissenschaftsministerium, Universitäten** und der **ÖH** handelt. Das zeigt, dass eine frühzeitige **Einbindung der Studierenden** zu **sachgerechten Lösungen auf breiter Basis** führen kann. Zusätzlich wird als Maßnahme des Integrations-Staatssekretärs die **Nostrifikation** – also die Anerkennung ausländischer Abschlüsse – vereinfacht: Entsprechende Anträge sind künftig binnen drei (bisher sechs) Monaten zu entscheiden.

Weitere Beschlüsse**Novelle des Israelitengesetzes ([1748 d.B.](#))**

Die Novelle ersetzt das Israelitengesetz des Jahres 1890 durch ein neues Regelwerk. Die Regelungen sollen den Pluralismus innerhalb des Judentums sicherstellen und sich nicht zwangsläufig auf die Orthodoxie beschränken.

Arzneibuchgesetz 2012 enthält Anpassungen und Korrekturen ([1761 d.B.](#))

Das geltende Arzneibuchgesetz ist im Jahr 1980 in Kraft getreten und enthält Vorschriften, die mit den später beschlossenen arzneimittel- und apothekenrechtlichen Regelungen nicht übereinstimmen. Es kommt einerseits zu einer Anpassung der Bestimmungen, andererseits erfolgt eine Sanierung der europarechtlich bedenklichen Vorgabe betreffend die Veröffentlichung des Europäischen und des Österreichischen Arzneibuchs.

Neues Epidemiegesetz – Elektronische Dateneingabe möglich [\(1763 d.B.\)](#)

Die Novelle zum Epidemiegesetz dient dazu, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, damit Ärzte und Ärztinnen sowie Krankenanstalten ihrer Meldepflicht künftig auch auf elektronischem Wege durch Dateneingabe in das Register anzeigepflichtiger Krankheiten nachkommen können. Bund, Ländern, Städten und Gemeinden entstehen dadurch keine neuen Vollzugskosten, vielmehr wird es auf Grund der elektronischen Meldung direkt in das Register zu einer Entlastung kommen.

Bürgernahe Information bezüglich der Qualität der Badegewässer [\(1764 d.B.\)](#)

Mit dem Bäderhygienegesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt. Der Bevölkerung müssen während der Badesaison Informationen über die Wasserqualität an leicht zugänglicher Stelle in nächster Nähe jedes Badegewässers zur Verfügung stehen. Weiters wird klargestellt, dass auch "Warmsprudelwannen" (Whirlpools) unabhängig von ihrer Größe den bäderhygienerechtlichen Bestimmungen unterliegen.

EU-Anpassungen bei der Untersuchung von Flugunfällen [\(1744 d.B.\)](#)

Das Unfalluntersuchungsgesetz zielt auf Verbesserungen des österreichischen Rechtssystems hinsichtlich der Untersuchung von Flugunfällen ab. Es regelt die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und nimmt Anpassungen bei den Regelungen für Schiene, Seilbahnen und Schifffahrt vor.

Festlegung von Flughafenentgelten wird gesetzlich geregelt [\(1745 d.B.\)](#)

Mit dem Flughafenentgeltegesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt. Es werden ökonomische Anreize für die Verwendung von Flugzeugen mit niedrigen Lärmemissionen und niedrigem Treibstoffverbrauch gesetzt. Es kommt zu einem Interessenausgleich zwischen Flughäfen und den Airlines und zu einer Verwaltungsvereinfachung. Durch Transparenz und Schaffung von Anreizen zur effizienten Führung von Flughäfen wird die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes erreicht.

Österreich beendet Seeschifffahrt [\(1746 d.B.\)](#)

Das Gesetz regelt den Rückzug des Binnenlandes Österreich aus der gewerbsmäßigen Seeschifffahrt und schafft bei dieser Gelegenheit gleichzeitig eine verfassungskonforme Regelung für „Führerscheine“ für Segel- und Motorboote auf dem Meer. Seit einiger Zeit sind keine Hochseeschiffe unter österreichischer Flagge mehr unterwegs, eine Umsetzung der EU-Richtlinie hätte daher einen völlig unangemessenen Verwaltungsaufwand des Bundes verursacht.

Abkommen der EU mit Norwegen über Satellitennavigationssysteme [\(1747 d.B.\)](#)

Seit 21. Oktober 2011 nimmt Österreich am Galileo-Programm teil und hat die ersten zwei vollwertigen Satelliten im All. Zum weiteren Ausbau des Programmes wurde ein Kooperationsabkommen der Europäischen Union und Norwegen ratifiziert. Oslo verpflichtet sich darin, künftige gemeinschaftspolitische Maßnahmen zum Schutz des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo mitzutragen und sich am Galileo-Programm finanziell zu beteiligen.

Die **Aufnahme Frankreichs in das Europäische Forstinstitut (1754 d.B.)** wurde einstimmig beschlossen. Darüber hinaus wurden in einem **Staatsvertrag (1758 d.B.) Grenzänderungen** zwischen der Republik **Österreich** und der **Tschechischen Republik** fixiert.

Behandelte Berichte

Erstmals umfassende Darstellung über die Lebensmittelsicherheit (**III-252/1760 d.B.**)
Der Lebensmittelsicherheitsbericht 2010 ist ein fundiertes Nachschlagewerk für alle Interessierten, das vor allem die Ergebnisse des Vollzugs des Proben- und Revisionsplanes enthält. Der Bericht liefert eine kompakte Darstellung der österreichweit erhobenen Daten zu jenen Waren, die dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz unterliegen. Rund 78% der gezogenen Proben gaben keinen Grund zur Beanstandung. 4,5% wurden als nicht für den menschlichen Verzehr geeignet bewertet, 0,6% sogar als gesundheitsgefährdend eingestuft.

Entscheidende Phase der Verhandlungen zur GAP-Reform – EU-Jahresvorschau (III-303/1753 d.B.)

Diese EU-Vorschau für das Jahr 2012 ist von wesentlicher Bedeutung, da derzeit intensive Verhandlungen zur GAP-Reform stattfinden. Die Fokussierung der europäischen SozialdemokratInnen liegt dabei auf dem Umweltschutz in der Landwirtschaft. So wie andere Industriebereiche muss auch die Landwirtschaft zum Arten- und Klimaschutz ausreichend beitragen. Neben dem umweltpolitischen Aspekt muss auch die sozialdemokratische Forderung, dass nicht nur einzelne Agrarbetriebe gefördert werden, sondern insgesamt der ländliche Raum unterstützt werden soll, berücksichtigt werden. Die europäische Sozialdemokratie warnt vor einer Entleerung des ländlichen Raumes.

Parlamentsreden vom 19.04.2012

Rede zur Europäischen Bürgerinitiative

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Die Europäische Union hat seit 1. April ihr erstes direktdemokratisches Instrument. Europas Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, gemeinsam eigene Themen auf die europäische Tagesordnung zu setzen. Damit haben wir in Europa etwas bislang weltweit Einmaliges geschaffen: dass sich fast 500 000 000 Menschen grenzübergreifend direkt und demokratisch in die politische Gestaltung ihres Kontinents einbringen können.

Die ersten Bürgerinitiativen sind bereits bei der Kommission angemeldet worden und werden in Kürze offiziell starten. Ich hoffe, dass noch sehr viele weitere folgen werden und wir eine lebendige europäische Öffentlichkeit schaffen können, in der die Menschen engagiert miteinander über politische und gesellschaftliche Themen diskutieren können.

Damit uns all dies gelingt, müssen wir aber auch dafür sorgen, dass sich die Europäische Bürgerinitiative zu einem seriösen und anerkannten demokratischen Instrument entwickeln kann. Daher ist es uns besonders wichtig gewesen, dafür zu sorgen, dass die Umsetzung der Bürgerinitiative ein Verfahren ist, das möglichst einfach ist, die Beteiligung unkompliziert ermöglicht und gleichzeitig aber auch hohe Sicherheitsstandards aufweist, die ein demokratisches Verfahren auch benötigt.

Ein demokratisches Instrument, meine Damen und Herren, das ernst genommen werden will, muss die politischen Stimmen der Menschen ernst nehmen und sicherstellen, dass sie nicht gefälscht und auch nicht missbraucht werden können. Es muss sicherstellen, dass die Glaubwürdigkeit politischer Bürgerinitiativen nicht einfach durch Zweifel an ihrer Korrektheit beschädigt werden kann. Das wäre doch sehr kontraproduktiv.

Ich denke, wir haben in Österreich letztendlich auch mit den Stimmen der Grünen die richtige Entscheidung getroffen, dass wir ebenso wie siebzehn weitere EU-Staaten die Angabe einer persönlichen Identifikationsnummer zur Unterstützung einer Initiative verlangen. Keine der bisher andiskutierten und durchdachten Alternativen hat eine vergleichbare Balance zwischen Einfachheit und Sicherheit gewährleistet. Führerschein- und Sozialversicherungsnummer sagen nichts aus über die Staatsbürgerschaft, diese muss aber bekannt sein. Und wer, frage ich Sie, kennt schon seine eigene Melderegisternummer? Ich glaube, die hat kein Mensch so schnell parat.

Durch die Angabe der Passnummer erhalten wir eine sehr hohe Fälschungssicherheit, und das war uns wichtig. Das heißt, jeder Österreicher/jede Österreicherin kann sicher sein, dass seine/ihre Stimme nicht einfach von anderen „gestohlen“ – wenn Sie so wollen – oder auch missbraucht wird. Damit stärken wir aber auch die Position der Bürgerinitiative, denn Zweifel an der Korrektheit der abgegebenen Stimmen können somit weitgehend ausgeschlossen werden.

Ein weiterer Vorteil ist, dass zum Beispiel Schreibfehler sowohl beim Namen als auch bei der Adresse erkannt werden können und die Stimmen dieser Unterstützer und Unterstützerinnen nicht verloren gehen.

Noch ein Vorteil: Die Passnummer ermöglicht auch den an die 300 000 Auslandsösterreichern und -österreicherinnen, die Europäischen Bürgerinitiativen zu unterstützen.

Natürlich sind uns auch die Schwächen dieses Vorgehens bewusst. Wir wissen, kein Verfahren ist perfekt, daher haben wir auch einen Entschließungsantrag eingebracht, dass die Vorgangsweisen regelmäßig überprüft werden und dass die Verwendung weiterer Ausweisdokumente zum Beispiel aufgrund technischer Neuerungen ermöglicht werden kann. Ich bin mir sicher, dass die Frau Ministerin diesem Auftrag der Überprüfung nachkommen wird und wir dann in regelmäßigen Abständen werden entscheiden können, ob es andere neue Möglichkeiten gibt.

Mit Blick auf die Anfrage von Kollegin Musiol möchte ich noch anmerken, dass die Information darüber, wie viele Österreicherinnen und Österreicher sowohl Reisepass als auch Personalausweis besitzen, durchaus interessant ist. Vielleicht lässt sich das ja noch eruieren. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen und Csörgits begrüßen EU-Beschäftigungspaket \(18.04.2012\)](#)

[Muttonen zu "Erasmus für alle": Bildung ist Rückgrat moderner Gesellschaften \(17.04.2012\)](#)

Palästinensische Gewerkschaftsvertreter zu Besuch in Wien

Vergangene Woche waren auf Einladung des ÖGB erstmalig Vertreter der palästinensischen Gewerkschaft PGFTU zu Gast in Wien. In einer Aussprache am Donnerstag mit Abgeordneten des Außenpolitischen Ausschusses schilderten uns Herr Manawel Abdelall und Frau Khawla Dosougi den anstrengenden Kampf der Gewerkschaften für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den zersplitterten und krisengeplagten palästinensischen Gebieten. Schwierig macht diese Arbeit unter anderem die uneinheitliche Rechtslage, besonders in Ostjerusalem. Hier werden willkürlich israelische, palästinensische oder jordanische Gesetze angewendet, je nachdem welches Gesetz dem Arbeitgeber besser erscheint. Besonders kompliziert ist die Unterstützung für die 100.000 Palästinenser, die in Israel oder in den israelischen Siedlungen arbeiten. Der Großteil, 77.000, ist illegal beschäftigt und hat somit auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen oder einen Mindestlohn.



Die israelische Besetzung verhindert laut Herrn Abdelall zudem eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die vielen Checkpoints machten das Zusammenleben und den Aufbau einer überlebensfähigen und eigenständigen palästinensischen Wirtschaft unmöglich. 23% der arbeitsfähigen Bevölkerung sei arbeitslos, für 25.000 der jährlich 40.000 Hochschulabsolventen gäbe es keine Beschäftigungsmöglichkeiten in der Heimat.

Frau Dosougi verwies in ihren Ausführungen insbesondere auch auf die Arbeitsbedingungen der palästinensischen Frauen. 68% der armen Familien in Palästina sind finanziell von alleinerziehenden und alleinverdienenden Frauen abhängig. Besonders von Frauen ausgeübte Berufe werden zudem häufig nicht von den gültigen Arbeitsgesetzen erfasst. Ein weiteres ernstes Problem in Palästina ist die Kinderarbeit. Viele Familien hätten aufgrund von Arbeitslosigkeit oder geringen Löhnen keine andere Wahl, als ihre Kinder arbeiten zu schicken.

Hoffnung bereitet zumindest die Ankündigung der Regierung, zum 1. Mai 2012 einen Mindestlohn in den palästinensischen Autonomiegebieten einführen zu wollen.

Besuch des tunesischer Staatssekretärs für Europapolitik

Am vergangenen Donnerstag durfte ich mit Dr. Touhami Abdouli den sozialdemokratischen Staatssekretär für Europapolitik der ersten demokratisch gewählten Regierung Tunesiens zu einer kurzen Aussprache begrüßen. Dr. Abdouli machte dabei deutlich, dass sich sein Land aufgrund seiner wirtschaftlichen Verflechtungen, seiner geographischen Lage und seiner politischen Kultur vor allem nach Europa und weniger in den arabischen Raum orientieren will. Die EU sei eine große Hilfe beim politischen und wirtschaftlichen Aufbau eines sozialen und demokratischen Tunesien.



Was die Zukunft seines Landes angeht, zeigte sich Dr. Abdouli sehr optimistisch. Zwar gäbe es in Tunesien zurzeit ein Problem mit fundamentalistischen Salafisten und Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte. Die Salafisten seien jedoch kulturell nicht in der tunesischen Bevölkerung verankert und die Vergehen der Sicherheitskräfte nicht auf antidemokratische Bestrebungen zurückzuführen, sondern auf mangelnde Erfahrung im demokratisch-rechtstaatlichen Umgang mit Demonstranten und Protestlern.

Mit Blick auf die Situation der Frauen in Tunesien zeigte sich Dr. Abdouli ebenfalls optimistisch. Tunesien habe die weitreichendsten Frauenrechte in der arabischen Welt. Die tunesischen Frauen seien sehr selbstbewusst und sehr gut organisiert. Er könne sich daher nicht vorstellen, dass eine Politik, die die Rechte der Frauen einschränken und zurückfahren wollte, langfristig in Tunesien erfolgreich sein würde.

Gedenktag 70 Jahre Deportation der Slowenen und Sloweninnen in Kärnten

Aus der Geschichte zu lernen ist für die menschliche Gesellschaft ein notwendiger und manchmal schmerzhafter Prozess. Am vergangenen Sonntag, dem 15. April 2012, fand der Gedenktag zur Erinnerung der Deportation der Kärntner Slowenen und Sloweninnen vor 70 Jahren statt. Damals wurden an die 300 Kärntner Familien vom Naziregime gezwungen ihre Häuser und Höfe zu verlassen, weil sie zur slowenischen Volksgruppe gehörten und sich der brutalen Germanisierung nicht beugen wollten. Ihr Hab und Gut wurde eingezogen und sie selbst in Lager nach Mittel- und Norddeutschland deportiert. Dieses Verbrechen hat zwischen den Kärntnern weite Gräben aufgeworfen und tiefe Wunden gerissen, die bis heute nicht zufriedenstellend überbrückt und verheilt werden konnten. Als einzige offizielle Vertreterin der österreichischen Politik war ich eingeladen worden, um auf der Gedenkveranstaltung im Klagenfurter Konzerthaus zu sprechen. Ich habe dabei die Versäumnisse Kärntens angesprochen, aber auch auf die mittlerweile zahlreichen positiven Entwicklungen hingewiesen, wie die steigende Anzahl von SchülerInnen, die den zweisprachigen Volksschulunterricht nutzen, die Beilegung des Ortstafelstreits oder die vielen kulturellen Projekte. Dabei habe ich versucht deutlich zu machen, dass wir die Zukunft Kärntens nur gemeinsam gestalten können und dass hierfür eine vollständige und ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Geschichte notwendig ist.

Diskussionsveranstaltung mit Lionel Jospin



Eine besondere Freude war es mir, am Montag, dem 16. April, den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin in Wien begrüßen zu dürfen. Im Rahmen einer Veranstaltung des Renner-Institutes diskutierte der sozialistische Elder Statesman mit dem langjährigen Frankreichkorrespondenten des ORF, Lorenz Gallmetzer, über

den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf. Lionel Jospin unterstrich die europäische Bedeutung dieser Wahlen und unterstützte das Anliegen des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Francois Hollande, den Stabilitätsvertrag neu zu verhandeln und um ein umfangreiches Wachstums- und Beschäftigungspaket zu ergänzen. Zudem zeigte sich Jospin zuversichtlich, dass bei einem Wahlsieg Hollandes die euro-

papolitischen Entscheidungen wieder in einem breiteren Kreis getroffen werden würden. Das politische Fabelwesen Merkozy werde sicherlich nicht einfach durch ein neues namens Merlande ersetzt werden.

Treffen mit Vertretern des britischen Iranausschusses

Am Donnerstag, dem 19. April habe ich mich gemeinsam mit den außenpolitischen Sprechern der übrigen Parlamentsparteien zu einer Aussprache mit Vertretern des britischen Iranausschusses getroffen. Thema der Aussprache war natürlich das weitere Vorgehen der europäischen Staaten im Atomstreit mit dem Iran. Die britischen Vertreter äußerten dabei die Befürchtung, dass sich dieser Streit langsam aber sicher in einem bewaffneten Konflikt verwandeln könnte und wollten von unserer Seite wissen, wie sich Österreich in dieser Frage positionieren würde. Ich habe den britischen Abgeordneten daher versichert, dass die österreichische Bevölkerung einem militärischen Vorgehen gegen den Iran eindeutig ablehnend gegenübersteht und wir als einzige Option zur Lösung des Atomstreits mit dem Iran die konsequente Umsetzung der Sanktionen und die Fortführung der Verhandlungen mit der iranischen Regierung sehen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien